



THEMEN DER WOCHE

Mainz, 11. März 2021

Nr. 17/165

1. **Corona-Tests in Pflegeheimen**
2. **Anstieg der Preise für baureifes Land im Jahr 2019**
3. **Aufarbeitung des Themas „Verschickungskinder“ in Rheinland-Pfalz**
4. **Europäische Union: Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern für mehr Demokratie**

1. Corona-Tests in Pflegeheimen

Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage

- [Drs. 17/14565](#) -

Nach derzeitigem Kenntnisstand erfolgen die Infektionen in Pflegeheimen über die üblichen Infektionswege, so die Landesregierung. Diese seien Kontakte zu anderen Menschen, beispielsweise andere Bewohnerinnen und Bewohner, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Einrichtungen oder Besucherinnen und Besucher. Rheinland-Pfalz verfolge ein breites Testkonzept. Dazu gehöre auch das **vorsorgliche wöchentliche Testen** der Bewohnerinnen und Bewohner sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Pflegeheimen. Zudem sei das **Tragen von FFP2-Masken** für Besucherinnen und Besucher verbindlich angeordnet.

Positive Antigen-Schnelltests seien durch die Einrichtung dem **zuständigen Gesundheitsamt** zu melden. Das Gesundheitsamt kläre dann mit der Einrichtung die weiteren notwendigen Maßnahmen ab. So könnten positive Ergebnisse der Schnelltests mit einem PCR-Test überprüft und ggfls. Quarantänemaßnahmen angeordnet werden.

2. Anstieg der Preise für baureifes Land im Jahr 2019

Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage

- [Drs. 17/14575](#) -

In Rheinland-Pfalz sind die **Kaufpreise für baureifes Land innerhalb der letzten 10 Jahre** von durchschnittlich 109 Euro je m² (2009) auf 136 Euro je m² (2019) und damit **um insgesamt rund 25 Prozent gestiegen**, so die Landesregierung. Zum baureifen Land zählen voll erschlossene, unbebaute Grundstücke, bei denen eine Bebauung aus bauplanungsrechtlicher Sicht sofort möglich ist.

Grundsätzlich seien die Kaufwerte in wachsenden Regionen mit entsprechend hoher Nachfrage **zentrunsnah am höchsten** und fielen zumeist in Richtung des engeren und weiteren Umlands entsprechend ab. In den kreisfreien Städten des Landes seien die durchschnittlichen Kaufwerte daher höher als in den Landkreisen (526 Euro je m² gegenüber 108 Euro je m²).

Kostensteigerungen bei Neubauten seien – bedingt durch (begrenzt)es Angebot und (steigende) Nachfrage – im Rahmen des allgemeinen Wirtschaftswachstums kaum zu vermeiden. Insbesondere seien die Baukosten in den letzten Jahren überproportional gestiegen. Bei den **Bauwerkskosten** für den Neubau von Mehrfamilienhäusern in Deutschland seien nach einer bundesweiten Studie allein im Zeitraum von 2000 bis 2014 **Steigerungen um nahezu 40 Prozent** zu verzeichnen.

Angaben über die Entwicklung der Kaufwerte für baureifes Land im Jahr 2020 stünden erst im August 2021 zur Verfügung. Die **Corona-Pandemie** sei aber wahrscheinlich ein zeitlich begrenzter Sonderfall, der nach aktueller Einschätzung von Marktforschungsexperten im Jahr 2020 noch zu **keiner** in den Kaufwerten für baureifes Land **spürbaren Entwicklungsumkehr bzw. Trendausbildung** geführt habe. Inwieweit der wirtschaftliche Stillstand von Gastronomie, Handel, Hotellerie und Tourismus und verstärkte Homeoffice-Angebote mittelfristig auch Einfluss auf die Wertentwicklung von baureifem Land haben, sei zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht vorhersehbar.

3. Aufarbeitung des Themas „Verschickungskinder“ in Rheinland-Pfalz

Antwort der Landesregierung auf
eine Kleine Anfrage
- [Drs. 17/14586](#) -

Die Landesregierung nimmt die Berichte betroffener Menschen, die als Kinder bis in die 1970er-Jahre hinein in sogenannte Kinderkurheime oder Kinderkurkliniken oft viele Wochen ohne ihre Eltern oder sonstigen Bezugspersonen verschickt wurden, sehr ernst. Nach derzeitigen Erkenntnissen seien hiervon zwischen 8 bis 12 Millionen Kinder betroffen gewesen. Bei den sogenannten Kinderkuren habe es sich um eine Maßnahme der Gesundheitshilfe gehandelt, um kranke oder schwache Kinder, die

nach dem Zweiten Weltkrieg unter schwierigen finanziellen und sozialen Umständen aufwuchsen oder aus benachteiligten Familien kamen, „aufzupäppeln“. Bei den Maßnahmen wirkten Gesundheits- und Jugendämter zusammen. Finanziert wurden die Maßnahmen von den Krankenkassen, durchgeführt wurden sie in einer großen Anzahl von Einrichtungen unterschiedlicher Träger. Durch die Verschränkung verschiedener Zuständigkeiten sei es bislang noch nicht gelungen, ein Gesamtbild der damaligen Ereignisse und der damit verbundenen Verantwortlichkeiten zu gewinnen.

Der Landesregierung sei die **Aufarbeitung** des Schicksals von Verschickungskindern äußerst wichtig. Daher habe Rheinland-Pfalz den Beschluss der Jugend- und Familienministerkonferenz unterstützt, mit dem der Bund aufgefordert wird, ein **bundesweites Forschungsprojekt zur Aufarbeitung der Schicksale von Verschickungskindern** zu initiieren. Die Initiative Verschickungskinder auf Bundesebene unterstütze seit dem Jahr 2019 die Vernetzung und Gründung von regionalen Gruppen betroffener Menschen. Bisher hätten sich lediglich vier Betroffene aus Rheinland-Pfalz bei unterschiedlichen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern auf Landesebene gemeldet, um Informationen zu den Rahmenbedingungen ihrer Verschickung zu erhalten.

4. Europäische Union: Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern für mehr Demokratie

EU-weite Umfrage zeigt Unterstützung der Europäerinnen und Europäer

[Pressemitteilung der EU-Kommission vom 09.03.2021](#)

Gemeinsame Erklärung zur Konferenz über die Zukunft Europas

[Pressemitteilung der EU-Kommission vom 10.03.2021](#)

Zwischen dem 22. Oktober und dem 20. November 2020 wurde in den 27 Mitgliedstaaten die [Eurobarometer-Sonderumfrage](#) zur Zukunft Europas durchgeführt.

Danach fordern 92 Prozent der Befragten aus allen Mitgliedstaaten, dass die Stimme der Bürgerinnen und Bürger bei **Entscheidungen über die Zukunft Europas** stärker berücksichtigt wird.

76 Prozent der Europäerinnen und Europäer sind der Ansicht, dass die Konferenz zur Zukunft Europas **positive Auswirkungen auf die Demokratie in der EU** haben wird. Etwas mehr als die Hälfte der Europäerinnen und Europäer (51 Prozent) möchte sich selbst aktiv einbringen, wobei die Befragten in Irland am meisten Engagement

zeigen (81 Prozent). Während die Teilnahme an den **Europawahlen** von 55 Prozent der Befragten als der wirksamste Weg angesehen wird, sich gegenüber den Entscheidungsträgern auf EU-Ebene Gehör zu verschaffen, wünschen sich viele Bürgerinnen und Bürger auch ein **größeres Mitspracherecht** bei Entscheidungen über die Zukunft Europas. Sechs von zehn Europäerinnen und Europäern geben an, dass die COVID-19-Krise für sie Anlass gewesen sei, über die Zukunft der Europäischen Union nachzudenken.

Die **Gemeinsame Erklärung zur Konferenz über die Zukunft Europas** wurde am 10. März 2021 von dem Präsidenten des Europäischen Parlaments, dem amtierenden Vorsitz im Rat der Europäischen Union und der Kommissionspräsidentin unterzeichnet. Damit wird der Weg für eine Reihe von Debatten und Gespräche geebnet, sodass **Bürgerinnen und Bürger** aus allen Teilen Europas ihre **Ideen austauschen und die Zukunft Europas mitgestalten können**. Mögliche Themen sind Gesundheit, Klimawandel, soziale Gerechtigkeit, digitaler Wandel, die Rolle der EU in der Welt und Wege zur Stärkung der demokratischen Prozesse der Europäischen Union. Berücksichtigung. Der Start der Konferenz ist für den 9. Mai 2021 in Straßburg vorgesehen, wenn es die aktuelle pandemische Lage erlaubt. Der Abschluss ist für das Frühjahr 2022 geplant.